

Wir wären gern viel einflussreicher!

Betrifft

Der Architekten- und Ingenieurverein zu Berlin-Brandenburg e.V. wird zweihundert. Der Vorstandsvorsitzende Tobias Nöfer über das Selbstverständnis des AIV, politischen Einfluss und den Wirbel um eine Wohnungsgenossenschaft, die Vereinsmitglieder gründen wollen

Interview Jan Friedrich und Ulrich Brinkmann

Der AIV feiert in diesem Jahr 200-jähriges Jubiläum. Stüler, Persius, Wallot, Hoffmann, Schinkel gehörten dem Verein an. Erzählen Sie uns ein bisschen über die Geschichte des AIV.

Der AIV ist einer der ältesten Fachvereine, wenn nicht der älteste Fachverein von Architekten und Ingenieuren in Deutschland. Den jungen Bau-meistern, die 1824 den Verein gründeten, ging es darum, in Preußen einen Fachdiskurs über Kunst und Baukultur anzustoßen – und damit Baukunst erstmals als autonome Kunst zu etablieren, die nicht länger in Abhängigkeit von künstlerischen Vorlieben der Obrigkeit stand. Die Mitglieder begannen, untereinander kleine Konkurrenzen zu veranstalten. Und dann diskutierten man: Welches ist der beste Entwurf? Auf diese Weise ist ein Diskurs entstanden über die besten möglichen Lösungen in Architektur, Städtebau und der Ingenieurbaukunst. Aus dem AIV sind viele andere Vereinigungen hervorgegangen, der BDA ist auch eine Ausgründung aus dem AIV.

Ausgründung oder Abspaltung?

Vielleicht auch eine Abspaltung, die man aber entspannt sehen kann, weil letztlich alle sachorientiert arbeiten. Es geht ja nicht darum, Vereinskügel zu betreiben, das ist uninteressant. Es geht darum, das Niveau zu heben, durch die Konkurrenz, durch den Diskurs. Der AIV zu Berlin-Brandenburg kann eben auf eine sehr lange Tradition zurückblicken. Aber alt zu sein ist ja noch keine Qualität an sich – aktiv muss man sein. So lobt der AIV seit über 160 Jahren eine Nachwuchskonkurrenz, den Schinkel-Wettbewerb, aus. Die Buchreihe „Berlin und seine Bauten“ hat der AIV in den 1870er-Jahren das erste Mal herausgegeben, die ist also auch schon sehr alt – eine wissenschaftliche Betrachtung der Baukunst und Dokumentation dessen, was die Stadt hervorgebracht hat. Und schließlich: Wenn man sagt, man will die Baukultur fördern, muss man sich politisch einmischen.

Inwiefern mischt sich der AIV politisch ein?

Mich persönlich und viele unserer Mitglieder quält es, wenn über architektonische und städtebauliche Fragen nicht fachlich, sondern politisch entschieden wird. Denn die so getroffenen Entscheidungen sind aus fachlicher Sicht meistens nicht gut. Wenn wir wollen, dass die Fachmeinung grundsätzlich Berücksichtigung findet, müssen wir dafür eine Stimme haben. Am

besten ist es, man tut sich zusammen und ist gut organisiert, um schnell reagieren zu können. Das ist der AIV heute. Wir regen an, wir machen Ausstellungen, wir veröffentlichen Publikationen, wir reagieren auf politische Vorgänge, und erinnern immer daran, worum es geht, wenn man über Baukultur, über Architektur und Städtebau spricht.

Wie funktioniert die Meinungsbildung im AIV zu fachlichen Fragen?

Innerhalb des AIV kann es alle möglichen Meinungen geben. Wir werden oft gefragt, uns zu bestimmten Themen zu äußern. Ich unterscheide das immer und sage: Der AIV als Institution hat dazu keine Meinung, er ist ein Forum. Wenn Sie mich allerdings persönlich fragen, dann bin ich der Auffassung, dass ... Es gibt wenige Beispiele, bei denen der Verein wegen der Wichtigkeit einer Frage intern diskutiert, abgestimmt und dann eine Mehrheitsmeinung kundgetan hat. Ein Beispiel ist die Rekonstruktion der Bauakademie, die wir vereinsintern intensiv diskutiert haben. Das Abstimmungsergebnis lautete schließlich pro Rekonstruktion – im tatsächlich originalgetreuen Sinne: nicht nur Konstruktion und Fassaden, sondern auch das Innere so originalgetreu wie möglich, weil das Bauwerk in architektonischer Hinsicht ein Gesamtkunstwerk war. Es ist aber, wie gesagt, selten der Fall, dass wir eine Mehrheitsmeinung bilden und publizieren.

Lange Jahre hat der Verein in der Öffentlichkeit keine große Rolle gespielt. Wann hat sich das verändert? Seit Sie 2019 zum Vorstandsvorsitzenden gewählt wurden? Seit der Ausstellung „Die unvollendete Metropole“ und dem Wettbewerb „Berlin-Brandenburg 2070“, die Sie 2020, anlässlich des 100-jährigen Jubiläums von Groß-Berlin, veranstalteten?

Je größer das Engagement, desto größer ist auch die Außenwahrnehmung. Ich würde das aber nicht nur mit meiner Person verbinden, wir sind ein breit aufgestelltes Team. Das Jubiläum Hundert Jahre Groß-Berlin war für uns Anlass, uns unserer Verantwortung wieder bewusst zu werden. Der AIV hatte schließlich schon 1906 den Wettbewerb Groß-Berlin ausgelobt und 1910 entschieden. Auf dessen Grundlage und der damit verbundenen Diskussion fand zehn Jahre später, Ende 1920, die politische Fusion zu Groß-Berlin statt. Macht man sich also bewusst, dass man über fachliche Vorschläge, über Visionen und Bilder, wie eine Metropole sich entwickeln könnte, einen so starken Einfluss ausüben kann, dann spürt man eine Verantwortung, das erneut zu tun, wenn es einem nötig erscheint. So haben wir anlässlich des Groß-Berlin-Jubiläums die Frage gestellt: Wo befinden wir uns heute, und wo wollen wir hin? Mit dem großen Ausstellungsprojekt und dem Wettbewerb, der nach Entwicklungsvisionen für Berlin-Brandenburg fragte, haben wir versucht, Antworten darauf zu finden.

Sind Impulse daraus angekommen in der Politik?

Wir haben damals alle Fraktions- und Parteivorsitzenden der demokratischen Parteien durch die Ausstellung geführt und sie eindringlich darauf hingewiesen: Wenn wir diese Zukunftsvisionen auch nur annähernd realisieren wollen, ist das nur möglich, wenn eine große Verwaltungsreform für Berlin gelingt. Denn so, wie Berlin im Moment aufgestellt ist, wird es nicht funktionieren. Das ist ein Strukturproblem: All die verflochtenen und ungeklärten Zuständigkeit zwischen Senats- und Bezirksebene sorgen dafür, dass wir keine großen Projekte mehr auf die Reihe kriegen. Wenn wir uns



Tobias Nöfer Ende Februar in der Bauwelt-Redaktion. Fotos: Jasmin Schuller

Tobias Nöfer

wurde im westfälischen Ahaus geboren und studierte Architektur an der RWTH Aachen und der ETH Zürich. Nach Mitarbeit in den Büros von O. M. Ungers, Kollhoff & Timmermann und Bernd Albers gründete er 1998 sein eigenes Büro in Berlin. Seit 2019 ist er Vorstandsvorsitzender des Architekten- und Ingenieurvereins zu Berlin-Brandenburg e. V.

heute etwa fragen, wie Berlin bis 2040 klimaneutral werden soll: Mit der gegenwärtigen Struktur gelingt das nicht. Wir haben in der Folge der Ausstellung die Parteivorsitzenden, Fraktionschefinnen und -chefs mehrfach zu Gesprächen eingeladen, um informell, im kleinen Kreis darüber zu sprechen: Wie lässt sich die große Verwaltungsreform organisieren?

Dafür braucht es eine Zweidrittelmehrheit im Landesparlament.

Und die ist allein mit der Regierungskoalition nicht zu erreichen. Man braucht auch das Verantwortungsbewusstsein der Oppositionsparteien dafür. Und deswegen sind solche Gesprächsformate nötig, die auf neutralem Boden außerhalb des Parlaments stattfinden – sie anzuregen und möglich zu machen, sehen wir auch als unsere Aufgabe. Das politische Potenzial unseres Projekts „Unvollendete Metropole“ mit dem Wettbewerb hat in der Folge wohl mit dazu geführt, dass häufig Vertreter des AIV bei stadtentwicklungspolitischen Fragen nach ihrer Meinung gefragt werden.

Hat sich der Dialog verändert durch den Regierungswechsel? Und durch den Wechsel an der Spitze der Stadtentwicklungsverwaltung?

Nein. Ich habe weder mit den früheren noch mit den jetzigen Verantwortlichen schlechte Erfahrungen gemacht. Weil sie in der Regel froh darüber sind, wenn es jemanden gibt wie den AIV oder andere engagierte Teile der Zivilgesellschaft. Wenn man sagt, „unsere Gremien denken, dieser Weg, lieber Senator, liebe Senatorin, den Sie da beschreiten, ist eine vernünftige Angelegenheit, und wir werden das auch in der Fachwelt vertreten“ – oder je nach Sachlage das Gegenteil, dann ist das eher eine Hilfe für die Entscheider als eine Konkurrenz. Zu oft werden wir auch nicht gehört, finde ich. Neulich durfte ich wieder in einer Zeitung lesen, wir seien so einflussreich. Ich denke dann immer: Schön wäre es! Wir würden gerne noch viel einflussreicher sein!

Bei der Aussage, der AIV sei sehr einflussreich, schwingt ja immer der Vorwurf unzulässiger Einflussnahme mit. Schon der Wettbewerb Berlin-Brandenburg 2070 wurde von einigen als Kritik an der damaligen Führung in der Stadtentwicklungsverwaltung gesehen. Nach dem Motto: Die kriegen es nicht auf die Reihe, dann muss der AIV es eben machen!

Der Berliner Senat war ja tatsächlich gar nicht in der Lage, ein solches Verfahren wie den Wettbewerb Berlin-Brandenburg 2070 durchzuführen – aber nicht, weil er etwa inkompetent gewesen wäre, sondern weil es um eine länderübergreifende Entwicklungsvision ging, und das Land Berlin ist eben nur für das Land Berlin zuständig, nicht auch für Brandenburg. Aber wir als AIV können so etwas unabhängig denken. Deshalb konnten wir sagen: Diese Landesgrenze ist rein organisatorisch, sie ist eine Grenze in den Köpfen, aber für die Stadt- und Regionalentwicklung der Metropole ein großes Problem. Mit dem Wettbewerb wollten wir Stadt und Umland als räumlichen Zusammenhang begriffen wissen. Und wenn man dann sagt, das kann das Land Berlin gar nicht, dann interpretieren die einen das als böswillig, und die anderen, die ein bisschen was davon verstanden haben, wissen, dass es stimmt.

Ob das nun die Folge unserer Aktivitäten ist oder nicht: Seither hat sich die parlamentarische Zusammenarbeit beider Länder erheblich verstärkt. Die Parlamente in Berlin und Brandenburg treffen sich mindestens einmal jährlich auf der fachlichen Ebene, tauschen sich über Stadtentwicklung aus. Auch war das kommunale Nachbarschaftsforum eingebunden in unseren Prozess, in der Hoffnung, dass die Berliner Bezirke mit den Brandenburger Umlandgemeinden intensiver zusammenarbeiten.

Vor einigen Monaten geriet der AIV im Zusammenhang mit der Gründung einer Wohnungsgenossenschaft in die Kritik. Im „Tagesspiegel“ hieß es, der AIV plane, sich Grundstücke am Berliner Molkenmarkt über den Umweg einer Genossenschaftsgründung zu sichern. Diese Sichtweise fand

sich später auch in einem Beitrag in der Bauwelt wieder (Heft 23.2023). Sie verwalten sich gegen diese Darstellung. Können Sie uns aufklären?

Der AIV besteht aus vielen Architektinnen und Ingenieuren, und viele von ihnen haben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die genauso an der Wohnungskrise in Berlin leiden wie alle anderen auch. Was kann man tun? Es braucht Initiativen, wo Leute sich selbst helfen und gemeinschaftlich Probleme lösen. Und wir dachten uns: Liebe Kolleginnen und Kollegen, die ihr ein Wohnungsproblem habt, tut euch zusammen! Der AIV schlägt vor, eine Genossenschaft von Fachleuten zu gründen. Die hat den Vorteil, dass die Architekten- und Ingenieurleistungen als Eigenkapital eingebracht werden können. Das ist intelligente Selbsthilfe. Und der Nebeneffekt, den wir uns erhoffen: Diese Genossenschaft kann durch ihre qualifizierten Mitglieder eine andere prozessuale und bauliche Qualität erzielen als andere, die diese fachliche Ebene nicht haben.

Also nicht der AIV gründet eine Genossenschaft, sondern einzelne Mitglieder gründen sie?

Genau. Es gab zusätzlich folgende Idee: Wenn man ein Grundstück in innerstädtischer Lage zur Verfügung bekäme, wo es auch eine Ladeneinheit gibt, die keiner der Genossen nutzen kann – die brauchen schließlich Wohnungen –, dann könnte der AIV als Genosse eintreten, um das Erdgeschoss etwa für seine gemeinnützigen Zwecke mit einer Architekturgalerie oder Veranstaltungsräumen zu bespielen. Für den AIV ist der Eintritt in eine Genossenschaft aber wegen seiner Gemeinnützigkeit juristisch aufwendig und kompliziert. Um die junge Genossenschaft damit nicht zu belasten, wird er deshalb zunächst nicht Genosse. Zurzeit wird an einem Satzungsentwurf gearbeitet. Da bin ich gar nicht involviert, denn ich persönlich werde kein Genosse sein. Das Genossenschaftsprojekt richtet sich ja vor allem an Leute, die in den Projekten wohnen wollen.

Was war der Anknüpfungspunkt für die, wie Sie sagen, verleumderische Darstellung im Tagesspiegel – und dann auch bei uns?

Wir hatten eine Veranstaltung im AIV organisiert, unsere Mitglieder und andere eingeladen und die Idee präsentiert. Dabei haben wir auch darüber berichtet, dass sowohl die alte als auch die neue Koalition in Berlin sinnvollerweise beschlossen hat, Genossenschaften zu fördern und auch Grundstücke, wahrscheinlich in Erbpacht, an Genossenschaften zu vergeben. Ich habe auch erklärt, dass, wenn es um ein innerstädtisches Grundstück geht, der AIV auch Teil der Genossenschaft werden und z.B. das Erdgeschoss bespielen könnte. Als denkbare Beispiel für eine innerstädtische Lage habe ich – das war wahrscheinlich ein Fehler – den Molkenmarkt genannt, der demnächst ja wieder erstehen soll. Im Publikum saß jemand – er ist mir namentlich bekannt –, dessen Aktivismus getriggert wird, sobald er das Wort Molkenmarkt hört. Der hat nach der Veranstaltung gegenüber dem Tagesspiegel fälschlich behauptet, es sei Absicht des AIV, sich über den Trick der Genossenschaftsgründung Grundstücke zu sichern.

Das ist, um es klar zu sagen, fern jeder Kenntnis von deutschem Recht und von überhaupt allem. Der AIV als gemeinnütziger Verein kann per se kein Geschäft machen. Man müsste sich ohnehin erst einmal fragen, wie man mit einer Genossenschaft überhaupt Geld verdienen kann, das geht anders besser. Eigentlich ist das alles völlig abwegig. Und würde man mal miteinander sprechen, ließe sich das klären. Aber mein Vorschlag an den Kollegen, sich zu treffen, wurde abgelehnt. Das ist leider ein Merkmal von Leuten, die in aktivistischer Absicht Verschwörungstheorien vor sich hertragen, um sich mit der Wirklichkeit nicht auseinandersetzen zu müssen. Die Wirklichkeit ist komplizierter. Aber es gibt Leute, die brauchen billige Slogans, um ihre politische Arbeit machen zu können, leider bisweilen auch in der Presse. Da wären wir wieder am Ausgangspunkt unseres Gesprächs: Der AIV vertritt die Fachmeinung. Wenn Fachmeinung mit Politik clasht, kommt es zum Konflikt.

Klassiker in Deutsch, die ich nie in die Brocki bringen würde.

Reto Geiser ist Architekt und lehrt Architektur mit Fokus auf den Schnittstellen zwischen Architektur, Pädagogik und Medien an der Rice University School of Architecture.

Jeder Band ein Fundament Bauwelt Fundamente

Brocki: Bezeichnung für Gebrauchswaren in der Schweiz.